

Wolfgang Kühn

Zwei Befunde zu zwanzig Jahren deutsche Einheit

Zwei Institutionen haben innerhalb einer kurzen Zeitspanne Bilanzen zu zwei Jahrzehnten deutscher Einheit abgeliefert: Ende September die Bundesregierung unter dem Titel: „20 Jahre Deutsche Einheit: Eine positive Bilanz.“

Wenige Wochen später veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin den Sammelband „Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990 – 2010“.

Wie beurteilen beide Berichte das zentrale politische Ziel der Wiedervereinigung: die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?

Löhne und Renten

Der Regierungsbericht jubelt: Die Angleichung der wirtschaftlichen Leistungskraft Ostdeutschlands auf 73 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (West) ist durchaus ein kleines „Wirtschaftswunder“ zu verstehen¹.

Die Beweisführung für das „kleine Wirtschaftswunder“ bleibt verhalten. So verzichtete der Regierungsbericht bei einem Seitenvolumen von 274 Seiten auf ein gesondertes Kapitel über Einkommen und Verdienste. Abgehandelt wird das Problem mit dem lapidaren Satz: „Die Löhne (Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer) haben sich in den ostdeutschen Ländern von knapp 57 Prozent des westdeutschen Niveaus in 1991 auf 83 Prozent in 2009 erhöht“². Dieser Vergleich ist in mehrfacher Hinsicht schlichte Demagogie. Erstens wird die gesamte Hauptstadt Berlin mit ihrem traditionell höheren Lohnniveau Ostdeutschland zugerechnet. Ohne diesen Hauptstadteffekt wären beträgt die Lohnangleichung aller abhängig Beschäftigten in den fünf neuen Bundesländern nur 79 Prozent. Zweitens gab es nach jahrelanger Stagnation der Lohnangleichung einen einmaligen Effekt der Anpassung im Jahr 2009 – bedingt durch die massenhafte Kurzarbeit sind besonders in Westdeutschland die Löhne absolut gesunken – und so die Kluft zwischen Ost und West kurzfristig verringert, denn bereits 2010 wird mit hoher Wahrscheinlichkeit diese Kluft auf das alte Niveau von 2008 zurückfallen. Die Begriffe „Armut“ oder „Niedriglohn“ tauchen im gesamten Regierungsbericht nicht auf.

¹ Presseerklärung Bundesregierung 22.09.2010

² Regierungsbericht S. 17

Nüchterner und differenzierter wurde bei der Vorstellung des Sammelbandes vom DIW Berlin bilanziert: „Nach der Vereinigung waren in vielen Bereichen schnelle Fortschritte zu beobachten – die Lebensbedingungen haben sich in Ost und West schnell aufeinander zu bewegt. Doch schon seit Mitte der neunziger Jahre fächerte sich dieser Prozess auf: Die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West sind beispielsweise zuletzt wieder gestiegen.“³ Mit Blick auf die sozialpolitisch bedeutsame Entwicklung am unteren Einkommensbereich haben die Armutsrisiken der ostdeutschen Bevölkerung in der letzten Periode überproportional zugenommen und der Einkommensabstand zwischen Ost und West ist damit nach Perioden der schnellen Angleichung sogar wieder angewachsen, erklären die Forscher aus dem DIW Berlin. Die Armutsquote der Erwerbstätigen in Ostdeutschland ist zwischen 1996 von 5,2 Prozent auf 9,0 Prozent im Jahr 2008 gestiegen. Die Vergleichswerte West waren 1996: 3,5 Prozent und 2008: 5,7 Prozent.

Ein weiteres Beispiel für die simple Machart des Regierungsberichts: „Die monatlich verfügbare Eckrente in den neuen Ländern stieg von rund 344 Euro im Jahr 1990 auf rund 977 Euro im Jahr 2009, in den alten Ländern stieg sie im selben Zeitraum von rund 852 Euro auf rund 1101 Euro,“⁴ verkündet der Regierungsbericht zur Deutschen Einheit. Nun gehört dieser „Eckrentner“ – das ist ein Versicherter mit durchschnittlichem Bruttojahresarbeitsentgelt und nach 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren – inzwischen zu einer Ausnahmeerscheinung sowohl im Westen als auch im Osten der Bundesrepublik.

Im DIW-Bericht wird festgestellt, dass dauerhafte Erwerbstätigkeit bis zum Rentenalter nur für ein knappes Drittel der Westdeutschen und ein Viertel der Ostdeutschen Realität ist. Gleichzeitig gehen über die Hälfte der West- und fast zwei Drittel der Ostdeutschen frühzeitig in Rente. Damit ist Altersarmut in allen Teilen der Bundesrepublik vorprogrammiert.⁵

Wohnen

Ebenso widersprüchlich sind die Aussagen zur Wohnsituation. Dieser Abschnitt des Regierungsberichts ist im Vergleich zu anderen Abschnitten relativ umfangreich. Gestartet wird dieser Teil mit übertriebener Schwarzmalerei der Zustände im Wohnungswesen der DDR. Es wird behauptet: „Der überwiegende Teil des Wohnungsbestandes in den ostdeutschen Ländern stammte aus der Zeit vor 1945 und wies bescheidene Ausstattungsstandards auf (Beheizung in der Regel mit Einzelöfen, fehlende Innentoiletten).“ Offensichtlich haben die Autoren des Regierungsberichts die Wohnungsbestandsaufnahme für das Beitrittsgebiet vom

³ Pressemitteilung DIW, 4.11.2010

⁴ Regierungsbericht S. 105

⁵ Leben in Ost- und Westdeutschland, S.382/83

Statistischen Bundesamt Wiesbaden nicht gelesen. Dieses Amt stellte 1992 fest, dass am 31.12. 1989 82 Prozent der Wohnungen in der DDR Bad/Dusche, 76 Prozent mit Innen-WC und 47 Prozent aller Wohnungen waren mit moderner Heizungsart ausgerüstet.⁶

Zweifellos sind die Fortschritte im Wohnungssituation Ostdeutschlands seit 1991 unübersehbar. Dazu beigetragen haben aber auch die massive Abwanderung junger Menschen, die die potentielle Nachfrage nach Wohnraum verringerte sowie der staatlich gestützte Abriss von bisher etwa 280.000 Wohnungen.

1990 haben 42 Prozent die Haushaltsvorstände in Ostdeutschland den Gebäudezustand als „gut“ eingeschätzt und weitere 30 Prozent als „teilweise renovierungsbedürftig“. Bis 2008 haben sich diese Anteile an denen in Westdeutschland angeglichen. So beschreiben es die DIW-Forscher diese Entwicklung wesentlich sachlicher. Im Gegensatz zum Regierungsbericht gehen sie auch auf die stetig steigende Belastung der Mieterhaushalte durch die rasant gestiegenen Wohnkosten ein. „Die Entwicklung steigender Mieten und stagnierender beziehungsweise sinkender (Real-)einkommen haben die Wohnkostenbelastungsquote von Mietern im Untersuchungszeitraum deutlich steigen lassen. In den neuen Bundesländern zahlten Mieter kurz nach dem Mauerfall lediglich rund 5 Prozent ihres Einkommens für die Miete. Innerhalb von 20 Jahren hat sich dieser Wert versechsfacht und damit zum westdeutschen Wert „aufgeschlossen“, wo im gleichem Zeitraum ebenfalls eine deutlicher Anstieg dieser Quote von 21 auf über 29 Prozent beobachtet wird.⁷ Diese Problematik wurde im Regierungsbericht vollständig ausgeblendet. Damit das bestehende Mietniveau in Ostdeutschland erhalten bleibt, kündigt der Regierungsbericht an, dass hier zwischen 2010 und 2016 sollen weitere 200.000 bis 250.000 Wohnungen abgerissen werden.⁸ Eine derartige Politik bleibt sehr kurzsichtig, wenn unterstellt wird, dass zur Linderung der demografischen Lücke die Regierung auf eine verstärkte Zuwanderung setzt. Für potentielle Zuwanderer wird schließlich zusätzlicher Wohnraum benötigt.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

„Es ist der Bundesregierung ein wichtiges politisches Anliegen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, denn der Zusammenhalt der Gesellschaft ist Grundlage für ihre sozialen und wirtschaftlichen Erfolge. Die dabei zu gestaltenden Bindekräfte wirken in einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft, die sich ihrer Heterogenität sehr bewusst ist, die Vielfalt als Chance begreift und die alle Bürger, unabhängig von ethnischer Herkunft, sozialem Status, ob Ost oder

⁶ Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sonderausgabe Dezember 1992, S. 8

⁷ Leben... S. 666

⁸ Regierungsbericht S. 149

West, Alt oder Jung, Frau oder Mann, als gleichberechtigte Mitglieder anerkennt und einbezieht.“ Mit diesen hochtrabenden Sätzen beginnt der Abschnitt „Die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements.“⁹

Die weiteren Schilderungen dieses Berichts bleiben vage und unkonkret. Zu erwarten wäre, dass das stetig wachsende Problem der „Wahlmüdigkeit“ in der Bundesrepublik insgesamt und noch deutlicher in Ostdeutschland analysiert wird. So schwankt die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern um die 50-Prozentmarke. Bei der letzten Landtagswahl gingen in Sachsen-Anhalt nur noch 44,4 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl. Derartige Fakten bleiben unerwähnt. Dagegen wird über mehrere Seiten über die Organisation von „Jugendfreiwilligendienste“ berichtet und als Neuheit die „Freiwilligendienste aller Generationen“ angepriesen. Die Bundesregierung fördert mittlerweile bundesweit rund 25.200 Plätze dieser Art, wird stolz berichtet¹⁰. Gemessen an der Zahl der fast 7 Millionen Bürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren ist das ein „bemerkenswertes“ Ergebnis.

Zu sehr nachdenkswerten Ergebnissen kommen die Sozialforscher im DIW-Bericht. 2008 waren nur noch 56 Prozent aller Ostdeutschen mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht zufrieden, 1991 – unmittelbar nach dem Beitritt waren es noch 62 Prozent. Zwanzig Jahre praktizierte bundesdeutsche Demokratie war in Ostdeutschland wenig überzeugend. Aber auch in Westdeutschland bröckelt inzwischen diese Zufriedenheit, sie ist von 82 Prozent 1991 auf 79 Prozent im Jahr 2008 ebenfalls leicht gesunken. „Es existiert eine deutliche Ost-West-Differenz und diese wird weder kontinuierlich kleiner, aber auch nicht größer“¹¹ ist das Fazit der Soziologen des DIW-Sammelbandes. Dass der Sozialismus eine gute Idee ist, davon waren sowohl 1991 als auch 2006 drei Viertel aller Ostdeutschen überzeugt und in Westdeutschland ist im gleichen Zeitraum die Zustimmung zu dieser These von 40 Prozent auf 46 Prozent gestiegen.¹²

Im Unterschied zu den anfänglichen Prognosen waren es aber nicht nur die Ostdeutschen, die sich in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen wandelten, sondern auch auf westdeutscher Seite gab es Veränderungen, die dazu beitrugen, dass sich beide Landesteile in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen im Jahr 2010 näher sind als am Vorabend des 3. Oktober 1990. So beschreiben es die Verfasser der DIW-Studie. Zugleich lassen sich auch gemeinsame Entwicklungen nachzeichnen, die deutlich machen, dass die in Deutschland vertretenen Gerechtigkeitsvorstellungen in beiden Landesteilen nunmehr Reaktionen auf gemeinsame soziale Bedingungen sind, die in die Ost- und Westdeutsche gleicher Weise eingebunden sind.¹³

⁹ Regierungsbericht S. 48

¹⁰ Regierungsbericht S. 50

¹¹ „Leben.... S. 604

¹² „Leben.....S. 602

¹³ „Leben.....S.84

Die Bundesrepublik ist durch solche Anstöße etwas „ostdeutscher“ geworden, die Transformation wirkte möglicherweise als Katalysator für institutionelle Änderungen. Ein Beleg dafür ist der aktuelle Wandel in der Familienpolitik in Deutschland, der im übrigen Europa schon länger wirkte.

Fazit

Insgesamt liefert der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung herausgegebene Sammelband eine praktikable Materialsammlung, die versucht alle gesellschaftlichen Facetten in West- und Ostdeutschland zu analysieren. Sie beschreibt nicht nur den in Ostdeutschland vollzogenen Wandel, sondern den, wenn auch im geringeren Tempo fortwährenden Wandel im Westen der Bundesrepublik. Das ist umso bemerkenswerter, dass von den 66 Autoren, die an diesem Sammelband mitarbeiteten, nur vier ihren Arbeitsplatz in Ostdeutschland haben. So ist es auch verzeihlich, dass einige Verzerrungen zum Leben in der DDR sich in diese Dokumentation eingeschlichen haben. So wurde, um die geringen Differenzen der Einkommensverteilung in der DDR zu leugnen, die „nichtmonetären Einkommen der Nomenklatura“ willkürlich um 20 Prozent erhöht. Als Mitglieder der „Nomenklatura“ zählten alle Haushalte mit einem Telefonanschluss.¹⁴ Das waren bereits 17 Prozent aller Haushalte der DDR, also auch R. Eppelmann und J. Gauck gehörten zur „Nomenklatura“!

Der Regierungsbericht „20 Jahre Deutsche Einheit: Eine positive Bilanz“ war eine fällige Pflichtübung und wird deshalb bald vergessen werden.

¹⁴ „Leben.... S. 63